

Fragen

**für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 17. März 1999**

Verzeichnis der Fragenden

| Abgeordnete | Nummer der Frage | Abgeordnete | Nummer der Frage |
|--|---------------------|--|---------------------|
| Bierling, Hans-Dirk (CDU/CSU) | 18, 19 | Leutheusser-Schnarrenberger, Sabine (F.D.P.) | 7 |
| Börnsen, Wolfgang (Bönstrup) (CDU/CSU) | 2, 55 | Lietz, Ursula (CDU/CSU) | 41, 42 |
| Böttcher, Maritta (PDS) | 45, 46 | Dr. Mayer, Martin (Siegertsbrunn) (CDU/CSU) | 29, 30 |
| Breuer, Paul (CDU/CSU) | 39, 40 | Meckelburg, Wolfgang (CDU/CSU) | 33, 34 |
| Brinkmann, Rainer (Detmold) (SPD) | 51, 52 | Otto, Hans-Joachim (Frankfurt) (F.D.P.) | 49 |
| Büttner, Hans (Ingolstadt) (SPD) | 37, 38 | Raidel, Hans (CDU/CSU) | 11, 12 |
| Dehnel, Wolfgang (CDU/CSU) | 17, 47 | Rossmannith, Kurt J. (CDU/CSU) | 53, 54 |
| Flach, Ulrike (F.D.P.) | 50 | Schmidt, Christian (Fürth) (CDU/CSU) | 15, 16 |
| Friese, Harald (SPD) | 35, 36 | Schmidt, Andreas (Mülheim) (CDU/CSU) | 10 |
| Geis, Norbert (CDU/CSU) | 3, 4 | Siemann, Werner (CDU/CSU) | 43, 44 |
| Hauser, Norbert (Bonn) (CDU/CSU) | 21, 22 | Singhammer, Johannes (CDU/CSU) | 20 |
| Helias, Siegfried (CDU/CSU) | 23, 24 | Strobl, Thomas (CDU/CSU) | 31, 32 |
| Hirche, Walter (F.D.P.) | 48 | Voßhoff, Andrea Astrid (CDU/CSU) | 27, 28 |
| von Klaeden, Eckart (CDU/CSU) | 25, 26 | Weiß, Peter (Emmendingen) (CDU/CSU) | 5, 6 |
| Koppelin, Jürgen (F.D.P.) | 8, 9 | Weiß, Gerald (Groß-Gerau) (CDU/CSU) | 1 |
| Koschyk, Hartmut (CDU/CSU) | 13, 14 | | |

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

| | Seite |
|---|-------|
| Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen | 3 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie | 3 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung | 4 |
| Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts | 4 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern | 7 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz | 8 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung | 9 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung | 10 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen | 12 |
| Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit | 13 |

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

1. Abgeordneter
Gerald Weiß
(Groß-Gerau)
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung dem Vorschlag der Europäischen Kommission, auf arbeitsintensive Endverbraucher-Dienstleistungen – wie z. B. denen des Friseurhandwerks – versuchsweise für die Dauer von drei Jahren einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz anzuwenden, bis zum vorgesehenen Stichtag 1. September 1999 zustimmen?
2. Abgeordneter
Wolfgang Börnsen
(Bönstrup)
(CDU/CSU)
- Welche ordnungs-, fiskal- und europapolitischen Maßnahmen plant die Bundesregierung, bereits in kurzer Frist sowohl auf nationaler Ebene sowie im Rahmen der Verhandlungen zur Agenda 2000 zu ergreifen, um dem Grundsatz der freien Mobilität, der bereits in den Römischen Verträgen vereinbart worden ist, und damit verbunden der freien Wahl des Wohn- und Arbeitsplatzes für alle Bürgerinnen und Bürger innerhalb der Europäischen Union, Rechnung zu tragen und infolgedessen Doppelbesteuerungen in Grenzregionen, die zur Einschränkung zwischenstaatlicher Mobilität für mehr als 300 000 Grenzgänger bundesweit führen, insbesondere aber auch zwischen Deutschland und dem Königreich Dänemark, wie das Flensburger Tageblatt vom 2. März 1999 berichtet, zu vermeiden bzw. abzuschaffen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

3. Abgeordneter
Norbert Geis
(CDU/CSU)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, entsprechend dem Antrag der Fraktion der SPD vom 14. März 1996 (Drucksache 13/4118 S. 3 Absatz 5) Firmen, denen oder deren Verantwortlichen Verfehlungen (z. B. Preisabsprachen, Manipulationen, Bestechungen oder Abrechnungsbetrug) nachgewiesen wurden, von der Teilnahme an Vergaben des Bundes auszuschließen (sog. Schwarze Liste)?

4. Abgeordneter
**Norbert
Geis**
(CDU/CSU)
- Gibt es bereits jetzt in der Bundesregierung Vorstellungen von Firmen oder entsprechende Listen über Firmen, die auf eine solche „Schwarze Liste“ gesetzt werden sollen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

5. Abgeordneter
**Peter
Weiß**
(**Emmendingen**)
(CDU/CSU)
- Aus welchem Grund konnte im Rahmen der dritten Schuldenumwandlung mit Peru das von der Kommission für Sozialpastoral der peruianischen Bischofskonferenz vorgeschlagene Projekt mit Nichtregierungsorganisationen nicht für einen sog. „Gegenwertfonds“ berücksichtigt werden?
6. Abgeordneter
**Peter
Weiß**
(**Emmendingen**)
(CDU/CSU)
- Werden von der Bundesregierung Projekte von Nichtregierungsorganisationen im Rahmen von Schuldenumwandlungsverhandlungen generell nicht berücksichtigt, bzw. unter welchen Bedingungen kann eine entsprechende Berücksichtigung erfolgen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

7. Abgeordnete
**Sabine
Leutheusser-
Schnarrenberger**
(F.D.P.)
- Welches Ziel verfolgt die Bundesregierung, die in ihrer Regierungserklärung die Menschenrechtspolitik zu einem besonderen Schwerpunkt ihrer Politik erklärt hat, als Präsidentschaft innerhalb der Europäischen Union in bezug auf die in den vergangenen Monaten dramatisch zugenommenen Menschenrechtsverletzungen in China, und welchen Vorschlag wird sie dem Ministerrat unterbreiten?
8. Abgeordneter
**Jürgen
Koppelin**
(F.D.P.)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die seit sechs Monaten ohne Anklage bestehende Inhaftierung des deutschen Staatsbürgers W. U. in Thailand, und welche Aktivitäten wurden in dieser Angelegenheit gegenüber den thailändischen Behörden und der Justiz unternommen?

9. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(F.D.P.)
- Ist der Bundesregierung bekannt, aus welchen Gründen die thailändische Regierung im Zusammenhang mit der Verhaftung des deutschen Staatsbürgers W. U. einen Ausschuß eingesetzt hat, und ist die deutsche Botschaft in Bangkok durch die thailändische Regierung über das Verfahren laufend informiert worden?
10. Abgeordneter
Andreas Schmidt (Mülheim)
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung die wiederholte Werbung von Bundesminister Joseph Fischer für die Brockhaus-Enzyklopädie (DER SPIEGEL vom 23. November 1998, FOCUS vom 1. März 1999) für mit Artikel 66 GG in Verbindung mit § 5 Abs. 1 Satz 1 des Bundesministergesetzes (Berufs- und Gewerbeverbot) vereinbar?
11. Abgeordneter
Hans Raidel
(CDU/CSU)
- Verstoßen nach Auffassung der Bundesregierung die sog. Benesch-Dekrete, die als rechtliche Grundlage der völkerrechtswidrigen Vertreibung und entschädigungslosen Enteignung von Deutschen in der Tschechoslowakei dienten, sowie das tschechoslowakische „Amnestie-Gesetz“ vom 8. Mai 1946 gegen Grundsätze des Völkerrechtes und der Menschenrechte, und wenn ja, was unternimmt die Bundesregierung, um gegenüber der Tschechischen Republik auf die Aufhebung der Benesch-Dekrete hinzuwirken?
12. Abgeordneter
Hans Raidel
(CDU/CSU)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Äußerung des tschechischen Ministerpräsidenten Milos Zeman im Beisein des deutschen Bundeskanzlers Gerhard Schröder am 8. März 1999 in Bonn, „daß bei der Beibehaltung der Rechtskontinuität der tschechischen Rechtsordnung die Wirksamkeit einiger nach dem Jahre 1945 beschlossener Gesetze bereits erloschen ist“ vor dem Hintergrund der Tatsache, daß nach wie vor neben den heimatvertriebenen Deutschen auch die Angehörigen der deutschen Minderheit in der Tschechischen Republik von der Rückübertragung entzogenen Eigentums ausgeschlossen sind?
13. Abgeordneter
Hartmut Koschyk
(CDU/CSU)
- Wie steht die Aussage von Bundeskanzler Gerhard Schröder beim Besuch des tschechischen Ministerpräsidenten Milos Zeman am 8. März 1999 in Bonn, daß wir „weder heute noch in Zukunft Vermögensfragen aufwerfen oder Forderungen stellen“, im Einklang mit der

Antwort der Bundesregierung vom 9. Februar 1999 durch Staatsminister Günter Verheugen auf meine Frage 11 in Drucksache 14/373, „die deutsch-tschechische Erklärung vom 21. Januar 1997 (hat) an der Auffassung der Bundesregierung nichts geändert“, daß „die Vertreibung der Deutschen und die entschädigungslose Einziehung deutschen Vermögens (. . .) völkerrechtswidrig“ sei und die „Bundesregierung auch nicht auf vermögensrechtliche Ansprüche Deutscher gegenüber den genannten Staaten (Polen, Tschechische Republik) verzichtet hat“?

14. Abgeordneter
**Hartmut
Koschyk**
(CDU/CSU)

Hat Bundeskanzler Gerhard Schröder gegenüber dem tschechischen Ministerpräsidenten Milos Zeman bei dessen Besuch am 8. März 1999 in Bonn die Auffassung gemäß der Antwort der Bundesregierung vom 9. Februar 1999 auf meine Frage 11 in Drucksache 14/373 deutlich gemacht, daß die „Bundesregierung (. . .) die Vertreibung der Deutschen und die entschädigungslose Einziehung deutschen Vermögens als völkerrechtswidrig“ ansehe und daß „die deutsch-tschechische Erklärung vom 21. Januar 1997 an dieser Auffassung der Bundesregierung nichts geändert“ habe und hieraus folge, daß „die Bundesregierung auch nicht auf vermögensrechtliche Ansprüche Deutscher gegenüber den genannten Staaten (Polen, Tschechische Republik) verzichtet hat“?

15. Abgeordneter
**Christian
Schmidt
(Fürth)**
(CDU/CSU)

Wie ist die Erklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder vom 8. März 1999 im Beisein des tschechischen Ministerpräsidenten Milos Zeman, daß beide die „aus der Vergangenheit herrührenden politischen und rechtlichen Fragen“ „als abgeschlossen“ betrachten und „weder heute noch in Zukunft Vermögensfragen aufwerfen oder Forderungen stellen“, mit der staatsrechtlichen Verpflichtung der Bundesregierung zu vereinbaren, den eigenen Staatsbürgern bei der Verfolgung rechtmäßiger Interessen gegenüber fremden Staaten diplomatischen Schutz zu gewähren?

16. Abgeordneter
**Christian
Schmidt
(Fürth)**
(CDU/CSU)

In welchem rechtlichen Verhältnis steht die in Frage 15 genannte Äußerung von Bundeskanzler Gerhard Schröder zu dem begleitenden Briefwechsel zum Vertrag vom 27. Februar 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland

und der Tschechischen und Slowakischen Föderativen Republik, in dem übereinstimmend erklärt worden war, daß sich dieser Vertrag nicht auf Vermögensfragen bezieht und daraus zu schließen ist, daß diese Fragen als offen angesehen worden waren?

17. Abgeordneter
**Wolfgang
Dehnel**
(CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung die Hinterbliebenen des Seilbahnunglücks von Cavalese vom 3. Februar 1998, bei dem 20 Menschen ums Leben kamen, nach dem Freispruch des Piloten in ihrem Kampf um Entschädigung und Gerechtigkeit unterstützen, und wenn ja, in welcher Weise?

18. Abgeordneter
**Hans-Dirk
Bierling**
(CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung gegenüber der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika unternommen, um eine gerichtliche Aufklärung der Verantwortlichkeit für das Seilbahnunglück von Cavalese durchzusetzen?

19. Abgeordneter
**Hans-Dirk
Bierling**
(CDU/CSU)

In welcher Weise unterstützt die Bundesregierung die Ansprüche der deutschen Hinterbliebenen der Opfer von Cavalese und fordert die USA auf, ihr Versprechen einer unkomplizierten und angemessenen finanziellen Entschädigung umgehend zu erfüllen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

20. Abgeordneter
**Johannes
Singhammer**
(CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, ihren Mitgliedern zu raten und zu empfehlen, an gemeinsamen Veranstaltungsmärschen mit der PDS, der kommunistischen Plattform, der DKP und dem Bund für den Wiederaufbau der KPD nicht teilzunehmen?

21. Abgeordneter
**Norbert
Hauser
(Bonn)**
(CDU/CSU)

Gedenkt die Bundeszentrale für politische Bildung ihr umfangreiches Angebot in der Besuchergruppenbetreuung auch nach dem Umzug des Deutschen Bundestages nach Berlin aufrechtzuerhalten?

22. Abgeordneter
**Norbert
Hauser
(Bonn)**
(CDU/CSU)
- Inwieweit wird die Bundeszentrale für politische Bildung mit ihrer Außenstelle in Berlin ihr Angebot angesichts deutlich steigender Besuchergruppen-Zahlen der Abgeordneten und des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung ausbauen?
23. Abgeordneter
**Siegfried
Helias**
(CDU/CSU)
- Sind die personellen, räumlichen und finanziellen Voraussetzungen der Bundeszentrale für politische Bildung für ihre zukünftigen Aufgaben im Zusammenhang mit dem Umzug des Deutschen Bundestages ausreichend oder bedarf es zusätzlicher Ausstattungen?
24. Abgeordneter
**Siegfried
Helias**
(CDU/CSU)
- Kann die Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn und Berlin bei der Vorbereitung von bildungspolitischen Berlin- bzw. Bonn-Reisen bei der Programmgestaltung beratend tätig sein?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

25. Abgeordneter
**Eckart
von Klaeden**
(CDU/CSU)
- Auf der Grundlage welcher Ergebnisse von Untersuchungen oder Umfragen kommt die Bundesministerin der Justiz zu der Feststellung, daß in Deutschland zirka 2 Millionen Deutsche mit doppelter Staatsangehörigkeit leben (Interview in der ARD-Sendung „Sabine Christiansen“ vom 7. Februar 1999)?
26. Abgeordneter
**Eckart
von Klaeden**
(CDU/CSU)
- Auf der Grundlage welcher genauen Daten wurden diese Schätzungen vorgenommen, bzw. welche Daten stehen der Bundesregierung über die amtliche Repräsentativstatistik (Mikrozensus) für das Jahr 1997 hinaus zur Verfügung, um die Behauptung von schätzungsweise 2 Millionen in Deutschland lebenden deutschen Staatsangehörigen, die eine weitere Staatsangehörigkeit besitzen, zu belegen?

27. Abgeordnete
Andrea Astrid Voßhoff
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß trotz des eindeutigen Wortlauts von § 2 DNA-Identitätsfeststellungsgesetz (BGBl. I 1998, Nr. 61 vom 7. September 1998) dieses Gesetz „diejenigen Täter nicht erfaßt, die schon vor Inkrafttreten des Gesetzes rechtskräftig verurteilt wurden“ (Bundesministerin der Justiz, Dr. Herta Däubler-Gmelin, in ihrer Presseerklärung zu „100 Tage Bilanz“ vom 10. Februar 1999)?
28. Abgeordnete
Andrea Astrid Voßhoff
(CDU/CSU)
- Welche Regelungen in dem vom Bundeskabinett am 20. Januar 1999 verabschiedeten Gesetzentwurf (Strafverfahrensänderungsgesetz – StVÄG 1999) sollen diese vermeintlich „gefährliche Lücke“ schließen, wenn nach den Regelungen in Artikel 10 lediglich „eine Rechtsgrundlage für die Übermittlungsbefugnis der Registerbehörde zur Erteilung von Auskünften an die Staatsanwaltschaften und das Bundeskriminalamt zur Durchführung von § 2 DNA-Identitätsfeststellungsgesetz und entsprechende Anfragebefugnisse geschaffen“ wird (Zielsetzung zum Gesetzentwurf StVÄG 1999)?
29. Abgeordneter
Dr. Martin Mayer
(Siegertsbrunn)
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß das unerwünschte und unverlangte Zusenden von elektronischer Post zu Werbezwecken (UCE = Unsolicited Commercial Email, auch SPAM genannt) unterbunden werden soll?
30. Abgeordneter
Dr. Martin Mayer
(Siegertsbrunn)
(CDU/CSU)
- Wenn ja, welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung auf europäischer und internationaler Ebene, um unerwünschtes und unverlangtes Zusenden von elektronischer Post zu Werbezwecken zu verhindern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

31. Abgeordneter
Thomas Strobl
(CDU/CSU)
- Welche finanziellen Mehrbelastungen für den Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit im Bereich der Arbeitslosenhilfe erwartet die Bundesregierung nach dem Urteil des Bundessozial-

gerichts in Kassel (Az.: B 7 AL 118/97), wonach Arbeitslose ihr Vermögen nicht aufbrauchen müssen, das sie zur Aufrechterhaltung ihres Lebensstandards im Alter angespart haben?

32. Abgeordneter
Thomas Strobl
(CDU/CSU)
- Welche Konsequenzen dieses Urteils sieht die Bundesregierung für den Bereich der Sozialhilfe und anderer Sozialleistungen?
33. Abgeordneter
Wolfgang Meckelburg
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die anhaltende Kritik, das Gesetz zu Korrekturen in der Sozialversicherung und zur Sicherung der Arbeitnehmerrechte erschwere für Existenzgründer den Weg in die berufliche Selbstständigkeit und habe bereits jetzt zu deutlichen Auftragsrückgängen bei Freiberuflern geführt, weil die Auftraggeber befürchten, zur Zahlung von Sozialbeiträgen herangezogen zu werden?
34. Abgeordneter
Wolfgang Meckelburg
(CDU/CSU)
- Wird die Bundesregierung auch im Hinblick auf Äußerungen der wirtschaftspolitischen Sprecher der Fraktion der SPD und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Deutschen Bundestag, Hans Martin Bury, MdB, und Margareta Wolf (Frankfurt), MdB, eine Initiative zur Änderung des Gesetzes ergreifen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

35. Abgeordneter
Harald Friese
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß Rußland und die USA in Kürze wegen der veralteten russischen Computersysteme (Jahr-2000-Probleme) eine gemeinsame Frühwarnzentrale zum Schutz gegen irrtümlich abgefeuerte Atomraketen einrichten werden, und wie groß schätzt die Bundesregierung die Gefahr ein, daß dies tatsächlich aufgrund veralteter russischer Rechner geschehen könnte?

36. Abgeordneter
Harald Friese
(SPD)
- Kann die Detonation einer irrtümlich abgefeuerten Nuklearrakete nach Einschätzung der Bundesregierung verhindert werden, und wenn nein, welche Folgen wären zu befürchten?
37. Abgeordneter
Hans Büttner
(Ingolstadt)
(SPD)
- Gibt es in der Bundeswehr Träger von Orden der Bundesrepublik Deutschland, auf die die zentrale Dienstvorschrift 10/8 Anwendung finden könnte, nach der bei Todesfällen von Soldaten der Bundeswehr sich diese mit Totenwache, Kranz, Bundesdienstflagge, Ordenskissen-träger, Trommler oder Trompeter beteiligen?
38. Abgeordneter
Hans Büttner
(Ingolstadt)
(SPD)
- Wenn nein, gedenkt die Bundesregierung die zentrale Dienstvorschrift dahin gehend zu ändern, daß über 40 Jahre nach Gründung der Bundeswehr die Dienstvorschrift entsprechend geändert wird, um auch solchen Ordensträgern, die sich um die Bundesrepublik Deutschland verdient gemacht haben, ein würdiges Begräbnis durch die Bundeswehr zu ermöglichen?
39. Abgeordneter
Paul Breuer
(CDU/CSU)
- Verfolgt das Bundesministerium der Verteidigung konkrete Pläne, wie vom Bundesminister der Verteidigung, Rudolf Scharping, vorgeschlagen, eine Kaserne der Bundeswehr nach Winston Churchill zu benennen, und falls ja, welche Auskunft kann es über Ort und Zeitpunkt geben?
40. Abgeordneter
Paul Breuer
(CDU/CSU)
- Denkt das Bundesministerium der Verteidigung daran, Kasernen der Bundeswehr nach weiteren, nicht-deutschen, internationalen Namensgebern zu benennen, und falls ja, an wen ist dabei gedacht?
41. Abgeordnete
Ursula Lietz
(CDU/CSU)
- Welche Kosten erwartet die Bundesregierung für den Einsatz von zivilen Kräften in den Bundeswehr(zentral)krankenhäusern Koblenz und Ulm, wenn durch den bereits vollzogenen bzw. geplanten Einsatz der Bundeswehr in Bosnien-Herzegowina und im Kosovo verstärkt Ärzte und sonstiges Sanitätspersonal aus der Bundesrepublik Deutschland abgezogen werden?

42. Abgeordnete
Ursula Lietz
(CDU/CSU)
- Mit welchen Kosten rechnet die Bundesregierung durch das verabschiedete „Gesetz zur Stärkung der Solidarität in der gesetzlichen Krankenversicherung“ sowie durch die von der Bundesregierung geplante Gesundheitsreform für die Bundeswehr im Bereich des Sanitätswesens?
43. Abgeordneter
Werner Siemann
(CDU/CSU)
- Hat die Bundesregierung sichergestellt, daß bei den Einsätzen eines VN- oder NATO-Mandates die Soldaten aus den neuen Bundesländern die gleichen Vergütungen erhalten wie die Soldaten aus den alten Bundesländern?
44. Abgeordneter
Werner Siemann
(CDU/CSU)
- Wie hat die Bundesregierung die Versorgung der Soldaten aus den neuen Bundesländern geregelt, die bei einem Einsatz im Rahmen eines VN- oder NATO-Mandates dienstunfähig werden bzw. die Versorgung der Familienangehörigen geregelt, wenn ein Soldat tödlich verunglückt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

45. Abgeordnete
Maritta Böttcher
(PDS)
- Will die Bundesregierung den Bundesverkehrswegeplan dahin gehend fortschreiben, daß dem Anliegen des Kreises Teltow-Fläming im Land Brandenburg, die B 101 durchgängig bis Luckenwalde vierspurig auszubauen, Rechnung getragen wird?
46. Abgeordnete
Maritta Böttcher
(PDS)
- Ist die mögliche vorgesehene Form eines Staatsvertrages zwischen Bund, Land und Kreis, die erforderliche rechtliche und auch finanzierbare Form der Umsetzung?
47. Abgeordneter
Wolfgang Dehnel
(CDU/CSU)
- Wie sind nach Kenntnis der Bundesregierung der Stand und die weitere Planung des Ausbaus der Eisenbahnstrecke Hof — Dresden (Sachsenmagistrale) einschließlich der Eisenbahnkreuze Zwickau und Chemnitz, und unterstützt die Bundesregierung – z. B. durch eine entsprechende Bereitstellung von Mitteln – einen zügigen Ausbau dieser Projekte?

48. Abgeordneter
**Walter
Hirche**
(F.D.P.)
- Wann wird die Bundesregierung unter Berücksichtigung der Beschlußlage im Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages die notwendigen Gelder zur Lärmsanierung an der Eisenbahnstrecke Hannover — Berlin zur Verfügung stellen, damit u. a. die Anwohner der Brücke am Brodweg in Braunschweig vor dem unerträglichen Lärm geschützt werden?
49. Abgeordneter
**Hans-Joachim
Otto**
(Frankfurt)
(F.D.P.)
- Wird die Bundesregierung das Projekt Frankfurt 21 (Fernbahntunnel unter der Frankfurter Innenstadt) in den nächsten Bedarfsplan Schiene des Bundesverkehrswegeplans aufnehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

50. Abgeordnete
**Ulrike
Flach**
(F.D.P.)
- Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung darüber, ob durch die Verwendung von Schneekanonen der Grundwasserspiegel in den Ski-Regionen der Alpen absinkt, und welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung aus diesen Erkenntnissen?
51. Abgeordneter
**Rainer
Brinkmann**
(Detmold)
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Risiken, die sich aus dem Jahr-2000-Problem für umweltrelevante Anlagen, wie z. B. konventionelle und nukleare Kraftwerke, Kläranlagen, Deponien, Anlagen zur Luft- und Wasserreinigung ergeben, und wie gedenkt die Bundesregierung diesen Risiken konzeptionell zu begegnen?
52. Abgeordneter
**Rainer
Brinkmann**
(Detmold)
(SPD)
- Welche Prüfmethode sind angewandt worden, um zu einer zuverlässigen Folgenabschätzung zu gelangen und mit welchem Ergebnis?
53. Abgeordneter
**Kurt J.
Rossmann**
(CDU/CSU)
- Welche Chancen und Risiken sieht die Bundesregierung bei der Nutzung von Regenwasser in Haushalten auf der Grundlage neuer Anlagentechniken?

54. Abgeordneter
**Kurt J.
Rossmanith**
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung Maßnahmen vor, um zu einer verstärkten Nutzung von Regenwasser in Haushalten zu kommen?
55. Abgeordneter
**Wolfgang
Börnsen
(Bönstrup)**
(CDU/CSU)
- Welche Position vertritt die Bundesregierung in den Verhandlungen mit der Europäischen Kommission in der Frage, ob in Deutschland weitere Schutzgebiete für Vögel über das bereits gemeldete Maß hinaus einzurichten sind, bzw. in welchen Bundesländern wären nach Auffassung der Bundesregierung schwerpunktmäßig derartige Schutzzonen einzurichten?

Bonn, den 12. März 1999